

NNP 10.05.2019

Fahrverbote wegen Nichtstuns

Diesel Richter rügt Verkehrspolitik

Münster. Vor möglichen Fahrverboten für Dieselfahrzeuge in Nordrhein-Westfalen hat der zuständige Richter langes Nichtstun der Politik für die heutige Situation verantwortlich gemacht. „Die Probleme hätten verhindert werden können, wenn, wie in anderen Ländern, Emissionsprobleme frühzeitig in Angriff genommen worden wären“, sagte der Vorsitzende Richter, Max-Jürgen Seibert, am Donnerstag am Oberverwaltungsgericht NRW in Münster. Dort begann gestern eine zweitägige Expertenanhörung zu Fahrverboten.

Seibert wies Kritik an den Gerichten und am Kläger, der Deutschen Umwelthilfe (DUH), zurück. Er verglich die jetzt drohenden Maßnahmen für die Luftreinhaltung, darunter auch Fahrverbote, mit einer Notoperation, nachdem der Patient sich über ein Jahrzehnt jeder Vorsorgeuntersuchung verweigert habe. Jetzt den Arzt, also



Die Richter des Oberverwaltungsgerichts in Münster. Foto: dpa

im übertragenen Sinne die Gerichte, für die Nebenwirkungen verantwortlich zu machen, halte er für falsch.

Die Expertenanhörung wird heu-

te fortgesetzt. Erste Urteile zu Aachen und Bonn will das Gericht Anfang August verkünden, im September folgt eine Entscheidung zu Köln.

dpa